

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie

Das deutsch-amerikanische Verhältnis im Spiegel der Medien (2022)

Leitung: Sigmar Gabriel, Bundesminister a.D.

Beitrag von: Carlo Knapp, Honors Student, Volkswirtschaftslehre

Entwicklungslien der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1995

Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 und ökonomische Kooperation (TTIP)

Ein Beitrag von Carlo Knapp

I. Einleitung

Während in den Jahren von 1995 bis 2008 der Kosovo-Einsatz der NATO, die Terroranschläge von 9/11, der Irak-Krieg und die Regierungswechsel maßgeblich die Höhen und Tiefen der deutsch-amerikanischen Beziehungen bestimmten, wurden die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen als Folge intensiver Wirtschafts- und Finanzinteraktionen lange Zeit als konstante Basis der transatlantischen Partnerschaft angesehen.

Die Intensität der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den USA in den Jahren von 1995 bis 2008 wird in den Handelsbilanzen beider Staaten deutlich.

Von 1995 bis 2008 waren die Vereinigten Staaten von Amerika lange Zeit der wichtigste oder zweitwichtigste Handelpartner für den Export von deutschen Waren und Dienstleistungen. Darüber hinaus belegten die USA beim Import von Waren und Dienstleistungen nach Deutschland kontinuierlich einen der top fünf Plätze.¹ Folglich waren die USA in dieser Zeit einer der bedeutendsten außereuropäischen Handelpartner.

Deutschland war für die USA in den Jahren von 1995 bis 2008, aufgrund der niedrigeren absoluten Wirtschaftskraft, weit weniger zentral. Dennoch machten die Exporte aus Deutschland in die USA stets einen substanziellen Anteil der amerikanischen Importe aus.² Infolgedessen stellte Deutschland in den entsprechenden Jahren einen der wichtigsten europäischen Handelpartner der Amerikaner dar.

Wie die Deutschen und die Amerikaner diese intensiven deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit unmittelbar vor 2008 bewertet haben, lässt sich beispielsweise an der Entwicklung der wechselseitigen Direktinvestitionen feststellen.

Die deutschen Direktinvestitionen in die USA spiegeln wider, wie die deutsche Wirtschaft als Aggregat die langfristige ökonomische Entwicklung der US-Wirtschaft einschätzt. Umgekehrt spiegeln die amerikanischen Direktinvestitionen in Deutschland wider, wie die US-Wirtschaft als Aggregat die langfristige ökonomische Entwicklung der deutschen Wirtschaft beurteilt. Pointiert formuliert: Je größer die wechselseitigen Direktinvestitionen, desto positiver wird die Wirtschaftsbeziehung von beiden Seiten bewertet und desto größer sind folglich die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen.

Gerade im Zeitraum von 2004 bis 2008 stiegen die wechselseitigen Direktinvestitionen kontinuierlich an, was daraufhin deutet, dass die Deutschen und die Amerikaner die intensiven deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen bis zum Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise als positiv und zukunftsträchtig bewertet haben.³ Es bestand dementsprechend eine intakte Basis gemeinsamer wirtschaftspolitischer Interessen.

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 wurde diese Basis von gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen jedoch stark erschüttert als sich die amerikanische Finanzkrise durch die engen Wirtschaftsverflechtungen nach Europa ausweitete.

¹ Vgl. Spiegel (2008): Das sind Deutschlands wichtigste Handelpartner

² Vgl. Worldbank (2008): United States Trade Summary 2007

³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2019): Weltwirtschaft im Wandel



Dadurch veränderte sich die Bewertung von deutsch-amerikanischen Wirtschafts- und Finanzverflechtungen deutlich und insbesondere die Maßnahmen der Krisenbewältigung legten spürbare Unterschiede in der gegenseitigen Wahrnehmung offen.

Um die Entwicklungslinien des deutsch-amerikanischen Verhältnisses seit 1995 umfassend begreifen zu können, stellt sich daher die folgende Frage:

Wie entwickelten sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008, welchen Einfluss haben die Verhandlungen über eine stärkere ökonomische Kooperation im Rahmen der „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) und wie veränderte sich das Bild des jeweils anderen?

II. Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat ihren Ursprung in einem spekulativ aufgeblähten US-amerikanischen Immobilienmarkt. Aus Sicht vieler Ökonomen war die Finanzkrise vornehmlich eine Krise in der Regulierung von Kreditrisiken insbesondere hinsichtlich des Ausfallrisikos und keine reine Liquiditätskrise.⁴

Durch die Niedrigzinsen einer expansiven Geldpolitik des amerikanischen Federal Reserve Systems und eine staatliche Subvention der Wohnungsbaufinanzierung durch die US-Regierung konnten sich einkommensschwache Haushalte mit niedriger Bonität Eigenheim über Hypotheken finanzieren. Im blinden Glauben an ansteigende Immobilienpreise vergaben die US-Banken vielfach Kredite ohne Sicherheiten zu verlangen.⁵

Die Expansion der Geldmenge bestätigte über einige Jahre die Annahme kontinuierlich steigender Immobilienpreise. Diese Entwicklung mündete in eine Spirale von steigenden Immobilienpreisen und einer massiven Ausweitung der Hypothekenvergabe durch sogenannte Subprimekredite an Kreditnehmer mit einer immer niedrigeren Bonität.

Verschärft wurde diese Preis-Risiko-Spirale durch die ausschließlich in den USA sitzenden Ratingagenturen, die sowohl das individuelle Ausfallrisiko der Subprimekredite als auch das systemische Risiko des Marktes für Hypotheken unterschätzten.

Darüber hinaus trugen die Ratingagenturen durch eine Bündelung von Subprimekrediten zu sogenannten „Collateralized Debt Obligations“ (CDO) und die Transformierung der ausfallgefährdeten Subprimekredite in scheinbar sichere Anlageprodukte mit A-Rating dazu bei, dass die US-Banken die Bankenaufsicht umgehen und die Risiken der Subprimekredite an ausländische Banken, Versicherungen und institutionelle Kunden verkaufen konnten. Durch den intensiven Handel der CDO weiteten sich die zugrundeliegenden Risiken des amerikanischen Hypothekenmarktes global aus.

Als am 9. August 2007 die Zinsen für Interbankenkredite anstiegen verschlechterten sich die Refinanzierungsmöglichkeiten und der Markt für Immobilienkredite samt CDO wurde

⁴ Vgl. Weber, Stefan (2009): Die Finanzkrise und ihre Ursachen

⁵ Vgl. Weber, Stefan (2009): Die Finanzkrise und Ihre Ursachen

zunehmend illiquide. Die Immobilienblase platze und es kam zu enormen Ausfällen an Hypotheken, da die fallenden Immobilienpreise die Kredite nicht länger decken konnten. Die Finanzkrise spitzte sich in den USA zu und erreichte mit dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Großbank Lehman Brothers am 15. September 2008 seinen Höhepunkt. Der Zusammenbruch von Lehman Brothers gefährdete die Existenz mehrerer internationaler Großbanken und zwang einige Staaten dazu eigene Banken und Finanzdienstleister mit staatlichen Kapitalerhöhungen zu retten. Viele dieser Staaten litten bereits vor der Finanzkrise unter einer zu hohen Staatsverschuldung und gerieten durch die kostspielige, aber alternativlos Bankenrettung in eine Staatsschuldenkrise.

Als sich die Finanzkrise international ausweitete und innerhalb der EU zu einer Banken- sowie einer anschließenden Staatsschuldenkrise führte, ergaben sich starke Spannungen in den intensiven deutsch-amerikanischen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen.

Die Deutschen nahmen amerikanische Großbanken zunehmend als „Heuschrecken“ wahr und das Image der amerikanischen Finanzwirtschaft bei den Deutschen wurde geprägt durch ein Bild von kollektiver Verantwortungslosigkeit, Gier und mangelnder staatlicher Regulation.⁶

Als sich der Vorwurf eines systematischen Versagens der Regulation durch die US-Behörden verhärtete und auch die amerikanischen Ratingagenturen sowie die Wohnungsbaufinanzierung der US-Regierung in den Fokus der Kritik rückten, musste US-Präsident Barack Obama im Zuge des Treffens der G7 im Jahr 2009 in London zahlreiche Fragen nach der amerikanischen Verantwortung für die Wirtschafts- und Finanzkrise beantworten und versprach, dass die amerikanische Regierung daran arbeite, dass die Finanzkrise auch in Europa angemessen bewältigt werde.⁷

Der „angloamerikanische Raubtierkapitalismus“ wurde dennoch in Deutschland zunehmend als Bedrohung empfunden und die substanzialen Unterschiede zur Deutschen sozialen Marktwirtschaft gerieten zunehmend in das Bewusstsein der Öffentlichkeit.⁸

Als Konsequenz wurde in Deutschland der Finanzmarkt noch stärker reguliert und es setzte sich die Meinung durch, dass diese gezähmte Form des Kapitalismus in ganz Europa im Sinne einer Stabilitätskultur durchgesetzt werden müsste, um ein Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern. Dies wurde insbesondere im Fünf-Punkte-Plan von Angela Merkel beim Weltwirtschaftsforum 2009 in Davos und ihrer Rede mit dem markanten Satz „Wir werden stärker aus der Krise herauskommen als wir hineingegangen sind“ deutlich.⁹

Doch der Zusammenhalt der Europäischen Union wurde bereits als sehr gefährdet wahrgenommen und sowohl die Amerikaner als auch die Franzosen wünschten sich mehr europäische Solidarität von den Deutschen.

Deutschland schien sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 zunehmend mit sich selbst zu beschäftigen und viele internationale Partner kritisierten Deutschland für seine Zögerlichkeit und das langsame Anlaufen von europäischen Konjunkturprogrammen.

⁶ Vgl. Tagesspiegel (2008): Heuschrecken füttern

⁷ Vgl. Schweiger (2018), S. 217

⁸ Vgl. Schweiger (2018), S. 216

⁹ Vgl. Bundesregierung (2009): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum

Der französische Präsident Sarkozy brachte die internationale Kritik an Deutschland mit den prägnanten Worten: „France is working on it. Germany is [...] thinking about it“ auf den Punkt. US-Präsident Obama befürchtete gar, dass die Erholung der US-Wirtschaft durch die Zurückhaltung Deutschlands bei der Auflage eines europäischen Konjunkturprogramms gefährdet werde und prominente US-Ökonomen bezweifelten öffentlichkeitswirksam den ökonomischen Sachverstand der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel.¹⁰

Doch Angela Merkels Kurs setzte sich bei der Bundestagswahl 2009 mit einer deutlichen Mehrheit durch und Merkel konnte zusammen mit der FDP als Koalitionspartner den deutschen Ordoliberalismus nicht nur in Deutschland stärken, sondern in ganz Europa durch Deutschlands wirtschaftspolitischer Stärke durchsetzen. Dabei wurde die Geldwertstabilität und die reduzierte Verantwortung des Staates für Konjunkturmaßnahmen klar gegenüber dem amerikanischen Ansatz nach Keynes „Deficit-Spending“ präferiert.

Die harte Austeritätspolitik, die Deutschland seinen europäischen Partner im Laufe der Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise aufzwang, veränderte das Deutschland Bild der europäischen Partner sowie der Amerikaner nachhaltig.

Deutschland wurde nicht länger als eine von vielen europäischen Wirtschaftsmächten, sondern als der einflussreichste wirtschafts- und finanzpolitische Hegemon in Europa wahrgenommen. Dies führte in Süd- und Osteuropa zu Anfeindungen gegenüber Angela Merkel und später insbesondere gegenüber dem Finanzminister Wolfgang Schäuble, der beispielsweise in Griechenland zum Symbol einer konservativen europäischen Finanzpolitik mit zunehmend harten Sanktionsmaßnahmen wurde.

Letztlich stellte Deutschland in Europa mit seinem überragenden Anteil am EU-Budget und an alle geplanten Stabilitätsmechanismen gegen Proteste in einigen anderen europäischen Ländern klar, dass die deutsche Austeritätspolitik alternativ los sei.¹¹

Für die Amerikaner wurde offensichtlich, dass eine gute Wirtschafts- und Finanzbeziehung zu Europa nur durch eine starke Partnerschaft mit Deutschland zu realisieren war. Gleichwohl hatten viele Amerikaner den Eindruck, dass Europa eine Organisation ohne Vision und Solidarität geworden sei.¹²

III. Ökonomische Kooperation (TTIP)

Präsident Obamas eigene Vision einer neuen Ära verbesserter Freihandelsbeziehungen mit der EU resultierte am 8. Juli 2013 in der Initiierung von offiziellen Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der US-Regierung und der EU-Kommission.¹³ Das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zielt darauf ab, eine weitreichende Freihandelszone zwischen den USA und der EU zu etablieren. Dazu soll ein völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden, der Zölle sowie nichttarifäre Handelshemmnisse beseitigt und Regeln für öffentliche Auftragsvergaben, Investitionen, den Schutz des geistigen Eigentums samt Patenten, Wettbewerb, Datenschutz, Umwelt und

¹⁰ Vgl. Schweiger (2018), S. 218

¹¹ Vgl. Schweiger (2018), S. 219

¹² Vgl. Schweiger (2018), S. 220

¹³ Vgl. Schweiger (2018), S. 221

Soziales festlegt. Von dieser Freihandelszone würden sowohl die Europäer als auch die Amerikaner profitieren, jedoch nach Einschätzung vieler Ökonomen nicht im gleichen Verhältnis. Der Freihandel würde vor allem die amerikanische Wirtschaft und europäische Exportnationen wie Deutschland stärken.¹⁴

TTIP wurde von der US-Regierung unter Obama federführend vorangetrieben und auch deutsche Spitzenpolitiker wie Bundeskanzlerin Angela Merkel oder Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel unterstützten das Vorhaben kontinuierlich.¹⁵ Besonders schwierig stellte sich während den geheimen Verhandlungen die Einigung auf gemeinsame Standards, die Schiedsgerichtsbarkeit und Transparenz der Verhandlungen dar.¹⁶

In den Medien trafen grundsätzliche Freihandelsbefürworter mit philosophischen und ökonomischen Argumenten auf TTIP-Gegner, die überwiegend populistisch Stimmung gegen das Freihandelsabkommen kreierten und die Ängste der deutschen Bevölkerung durch Schlagworte wie „Chlorhühnchen“ oder „Paralleljustiz“ direkt ansprachen.¹⁷

Das Narrativ der TTIP-Gegner setzte sich aufgrund einer fehlenden Koordination einer Kampagne Pro-TTIP schnell durch und überzeugte viele durch eine einfache Argumentationsstruktur. So behaupteten TTIP-Gegner, dass das Freihandelsabkommen von den Amerikanern mehr oder weniger diktiert werde und damit den „unbarmherzigen Manchester Kapitalismus“ nach Deutschland bringen würde, wovor viele Deutschen nach der Finanzkrise Sorge hatten.¹⁸ Zudem proklamierten TTIP-Gegner eine simple Gleichung:

$$\text{TTIP} = \text{Globalisierung} = \text{Amerikanisierung} = \text{Zerstörung der deutschen Lebensweise}$$

Die größte Sorge vieler Deutschen war die Abkehr von deutschen Standards und Traditionen, obwohl einige deutsche Standards objektiv schlechter abschnitten als die komplementären amerikanischen Standards.¹⁹ Sicherlich hatte auch die NSA-Affäre im Sommer 2013 bereits dazu geführt, dass das Vertrauen der Deutschen gegenüber den Amerikanern bei der Einhaltung von Standards beispielsweise hinsichtlich des Datenschutzes auf einem Tiefpunkt angelangt war.²⁰

Doch auch die Amerikaner hielten nicht viel von den deutschen Standards und misstraute diesen aufgrund der letzten Skandale beispielsweise bei Deutschlands größtem Automobilkonzern Volkswagen.²¹

Durch diesen Verlust an gegenseitigem Vertrauen, eine starke Mobilisierung der TTIP-Gegner auf Seiten der Deutschen sowie der Amerikaner und verschiedene geopolitische

¹⁴ Vgl. Schweiger (2018), S. 221

¹⁵ Vgl. Schweiger (2018), S. 221

¹⁶ Vgl. Garrett (2018), S. 305

¹⁷ Vgl. Garrett (2018), S. 302

¹⁸ Vgl. Garrett (2018), S. 303

¹⁹ Vgl. Garrett (2018), S. 306

²⁰ Vgl. Garrett (2018), S. 308

²¹ Vgl. Garrett (2018), S. 315

Ereignisse wurde der Verhandlungsprozess häufig unterbrochen beziehungsweise weniger intensiv weiterverfolgt, jedoch nie vollständig beendet. Ein endgültiges Scheitern würde zwangsläufig für alle Beteiligten einen großen Schaden an politischem Kapital bedeuten.

IV. Ausblick

Als sowohl die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton als auch der republikanische Präsidentschaftskandidat und spätere US-Präsident Donald Trump im US-Wahlkampf im Jahr 2016 fundamentale Zweifel an TTIP äußerten, erschienen die Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen selbst den stärksten Freihandelsbefürwortern als aussichtslos.²² Doch seitdem mit US-Präsident Joe Biden das Weiße Haus wieder einen ein stärker multilateralen Ansatz verfolgt, steigen die Chancen für eine konstruktive Fortsetzung der TTIP-Verhandlungen.

Olaf Scholz hat mit seiner „Zeitenwende-Rede“ im Deutschen Bundestag als Reaktion auf den russischen Angriffskriegen gegen die Ukraine bereits einen langen deutsch-amerikanischen Streitpunkt bezüglich des NATO 2% Ziels für Verteidigungsausgaben ausräumen können und Bundesfinanzminister Christian Lindner hat explizit die Wiederaufnahme der Verhandlungen über TTIP mit den USA gefordert.²³ Damit geht ein konstruktiver Impuls von der deutschen Bundesregierung für eine neu Dynamik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen aus und es erscheint durchaus möglich, dass der russische Krieg gegen die Ukraine oder der drohende Systemwettbewerb mit China die TTIP-Verhandlungen in naher Zukunft wiederbeleben könnten.

²² Vgl. Schweiger (2018), S. 221

²³ Vgl. Zeit Online (2022): Christian Lindner will Freihandelsabkommen mit den USA

Literatur- und Quellenverzeichnis

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2019): Weltwirtschaft im Wandel;
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2019/12/kapitel-1-3-weltwirtschaft-im-wandel.html>
[Zugriff am 11. Juni 2022]

Bundesregierung (2009): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum;
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-auf-dem-weltwirtschaftsforum-799362>
[Zugriff am 12. Juni 2022]

Garrett, Crister S. (2018): The German TTIP-Initiative and German-American Relations:
What can still be saved?

Schweiger, Christian (2018): The Global Financial Crisis and the Euro Crisis as Contentious Issues in German-American Relations

Spiegel (2008): Das sind Deutschlands wichtigste Handelspartner;
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/export-import-das-sind-deutschlands-wichtigste-handelspartner-a-541991.html>
[Zugriff am 11. Juni 2022]

Tagesspiegel (2008): Heuschrecken füttern;
<https://www.tagesspiegel.de/politik/investmentbanker-heuschrecken-fuettern/1349876.html>
[Zugriff am 12. Juni 2022]

Weber, Stefan (2009): Die Finanzkrise und ihre Ursachen

Worldbank (2008): United States Trade Summary 2007;
<https://wits.worldbank.org/CountryProfile/en/Country/USA/Year/2007/Summarytext>
[Zugriff am 11. Juni 2022]

Zeit Online (2022): Christian Lindner will Freihandelsabkommen mit den USA;
https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-03/ttip-freihandel-christian-lindner-usa?utm_referrer=https%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2F
[Zugriff am 13. Juni 2022]